



Kieler Erklärung:

**„Bedrohtes Europa - Sicherheitspolitische
Perspektiven für Schleswig-Holstein
und Deutschland angesichts des russischen
Angriffskrieges auf die Ukraine und Europa“**

**Klausurtagung der CDU Schleswig-Holstein
26./27.04.2024 | Kiel**

Inhalt

Einleitung.....	2
Schleswig-Holsteins wichtige geopolitische Lage	3
Europa muss sich mehr für seine Verteidigung engagieren!	3
Sicherheit und Verteidigung – Das kann Schleswig-Holstein leisten!	4
Bevölkerungsschutz muss stärker in den Fokus rücken	7
Bedrohung im digitalen Raum	8
Demokratiefeinde bekämpfen.....	10

Einleitung

Die sicherheitspolitische Lage für Europa, die Bundesrepublik Deutschland und Schleswig-Holstein hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert: Wir werden wieder bedroht – unverhohlen und direkt. Neben der fortbestehenden Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, Unwägbarkeiten und Instabilitäten an Europas südlicher und südöstlicher Peripherie sind es die aggressiv-imperialen Ambitionen Russlands unter Präsident Putin, die unsere Sicherheit und Freiheit sehr direkt gefährden. Nach Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 ist diese Bedrohung klarer und gefährlicher denn je – von hybriden Attacken, Sabotageaktionen durch in Deutschland lebende angeworbene Sympathisanten des russischen Regimes über die sehr reale Gefahr eines konventionellen Angriffs auf unsere Bündnispartner bis hin zu nuklearen Drohungen. Es ist Zeit für eine echte Zeitenwende in der Sicherheitspolitik.

Aufgrund der gestiegenen Bedeutung hybrider Strategien ist heute die Grenze zwischen äußerer und innerer Sicherheit fließend. Cyberangriffe, Informations- und Propagandakampagnen zur Destabilisierung der Gesellschaft bis hin zu gezielten Sabotageakten gehören seit über einem Jahrzehnt zum Repertoire Russlands. Sie stellen ebenso besondere Anforderungen an die Resilienz westlicher Gesellschaften und an die Gesamtverteidigung, wie Fragen an die verfassungsrechtlichen Regelungen bezüglich der Krisendefinition und des staatsrechtlichen Umgangs mit Szenarien des Krisen- und Spannungsfalls in unseren Staaten – gerade auch in Deutschland.

In dieser neuen Umgebung muss Europa selbst in der Lage sein, sich zu schützen. Jede europäische Anstrengung im Bereich der Verteidigung muss in die NATO eingebettet und kohärent sein. Unsere transatlantischen Verbündeten werden jedoch nur an unserer Seite stehen, wenn wir auch bereit sind, unseren europäischen Teil selbstbewusst zu leisten. Eine starke Allianz erfordert eine Lastenteilung. Wir müssen auch auf etwaige Veränderungen in unserer transatlantischen Partnerschaft vorbereitet sein und ein Szenario berücksichtigen, in dem wir nicht auf die Unterstützung der USA zählen können, um unsere europäische Souveränität für umfassende Sicherheit zu gewährleisten. Dies schließt auch enge Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern wie dem Vereinigten Königreich und Norwegen ein. Unsere Bürgerinnen und Bürger wissen, dass Europa in einer turbulenten Welt mehr tun muss.

Diese neue Sicherheitslage hat auch immense Auswirkungen auf Schleswig-Holstein. Im nördlichsten Land stehen wir – wie alle anderen Länder - vor der Herausforderung, Menschen zu versorgen, die vor Kriegen geflohen sind. Die zusätzliche Migration von Personen, die aus anderen Beweggründen nach Deutschland eingereist sind, bringt uns schon jetzt an unsere Belastungsgrenze. Die Kommunen des Landes schaffen es kaum noch, weitere Menschen unterzubringen und zu betreuen. Gleichzeitig erleben wir, dass aufgrund der multikausalen Herausforderungen und Probleme - wie z. B. irreguläre Migration, sinkender Wohlstand, allgemeine Unzufriedenheit und Unsicherheit der Bevölkerung - der Rechtsextremismus neuen Zulauf erhält.

Schleswig-Holsteins wichtige geopolitische Lage

Insbesondere die Nord- und die Ostflanke der NATO sind in einen strategischen Fokus gerückt als die Regionen des Bündnisgebietes, in denen eine russische Aggression potenziell am wahrscheinlichsten gilt. Der Ostseeraum bildet hier das strategische Zentrum. Und damit ist er von einer Region des Austauschs und der Entspannung in den vergangenen Jahren leider wieder zu einem der sicherheitspolitischen „Hot Spots“ weltweit geworden. Als Ostseeanrainer ist damit Deutschland besonders gefordert – und aufgrund seiner einzigartigen strategischen Lage und seiner strategisch bedeutenden Infrastruktur insbesondere auch unser Schleswig-Holstein. Die Lage ist jedoch keine Rückkehr des Kalten Krieges, denn damals war Westdeutschland Frontstaat. Heute sind dies unsere Verbündeten in Skandinavien, im Baltikum und in Osteuropa. Deutschland ist dagegen klassisches „Hinterland“, in dem Reserven aufmarschieren, versorgt werden und durch das die riesige Logistikkette möglicher Konflikte laufen würden. Deutschland ist die zentrale „Drehscheibe“ der NATO geworden und damit von hoher strategischer Bedeutung im Falle eines Konflikts mit Russland. Damit nimmt die Gefährdung unseres Landes nicht ab, sie ist nur anders als zur Zeit des Kalten Krieges.

Schleswig-Holstein spielt in diesen strategischen Überlegungen zweifelsohne eine Schlüsselrolle. Es ist die strategische Gegenküste zu derjenigen der baltischen Staaten und Finnlands und damit für die Versorgung dieser Verbündeten unverzichtbar. Schleswig-Holsteins Häfen sind ebenso wie der Nord-Ostsee-Kanal für die Logistik wichtig und als Stützpunkte für die Marinestreitkräfte der NATO und in Verbindung mit den Straßen und Autobahnen die Verbindung zwischen den großen Entladehäfen der US-Streitkräfte an den Küsten des Atlantiks und der Nordsee und ihren Einsatzgebieten an der Ostflanke des Bündnisses. Die militärischen und zivilen Flughäfen und -plätze spielen heute wieder die historische Rolle „unsinkbarer Flugzeugträger am Ausgang der Ostsee“ und sie sind Drehscheibe für die NATO-Luftstreitkräfte für die gesamte Ostflanke, was im Sommer 2023 bei der großen NATO-Übung „Air Defender 23“ eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde. Die Verteidigungsindustrie Schleswig-Holsteins ist besonders wichtig für die Ausrüstung, den Nachschub und die Instandhaltung bzw. Reparatur der Bundeswehr und anderer NATO-Streitkräfte.

Kurzum: Schleswig-Holstein ist für die Verteidigung Deutschlands und der NATO von herausragender Bedeutung. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und wollen als selbstbewusstes Land das in unserer Macht Stehende tun, um unseren Beitrag zur Sicherheit Deutschlands und des Bündnisses zu leisten. Damit nehmen wir unsere Rolle in der Gesamtverteidigung und Resilienz mit Engagement und Kraft wahr.

Europa muss sich mehr für seine Verteidigung engagieren!

Auch Europa muss mehr für seine Verteidigung tun, denn zum einen betreffen uns die meisten sicherheitspolitischen Herausforderungen – die Instabilitäten an unserer südlichen und südöstlichen Peripherie, vor allem aber Russlands imperial-aggressive Bedrohungen – sehr viel mehr als die USA. Und zum anderen werden die USA, unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl im November, sich zukünftig militärisch mehr im

indo-pazifischen Raum engagieren müssen als bisher. Es ist also notwendig, dass wir gemeinsam in Europa den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und sogar ausbauen müssen. Wir unterstützen, dass die Europäische Kommission mit dem „Weißbuch über Optionen für eine verstärkte Unterstützung von Forschung und Entwicklung zu Technologien mit potenziell doppeltem Verwendungszweck“ (Dual-Use) veröffentlicht hat, zukünftig nicht mehr nur die ausschließlich zivile Ausrichtung fördern zu wollen. Das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation unterstützen wir im Rahmen der zweiten Option mit der Fortsetzung von Horizont Europa.

Dies muss über eine verbesserte Planung, Koordination und Kooperation geschehen. Nur so können hemmende nationale Egoismen überwunden, die schon bestehenden Projekte intensiviert und die vielfach vorhandenen „Inseln der Kooperation“ verbunden und ein „Kontinent der Kooperation“ geschaffen werden. Alles dies mit dem Ziel, einen „Verbund europäischer Streitkräfte“ zu schaffen und Effizienz und Effektivität unserer europäischen Verteidigungsbemühungen drastisch zu verbessern.

Die EU soll dabei nicht zu einem Militärbündnis werden, sondern ihren Mehrwert und ihr Alleinstellungsmerkmal ausspielen. Sie ist die bestgeeignete Institution, um Fragen der Rüstungskooperation, der gemeinsamen Entwicklung und Forschung und der zielgerichteten Regularien und Normen zu klären und zu verabschieden.

Kern einer verbesserten europäischen Kooperation muss in gemeinsamer Forschung, Entwicklung, Beschaffung und evtl. Finanzierung von Rüstungsgütern liegen. Hier sind mit der PESCO-Initiative und den verschiedenen rüstungspolitischen Initiativen der Kommission schon viele Schritte eingeleitet worden. Dieser Weg muss kraftvoll weiter beschritten werden, ohne dabei nationale Kerninteressen, wie die Wahrung von Schlüsseltechnologien und -industrien, aus dem Auge zu verlieren.

Sicherheit und Verteidigung – Das kann Schleswig-Holstein leisten!

Die Bundeswehr ist aufgrund der neuen Bedrohungslage zu ihrem alten Kernauftrag zurückgekehrt: der Landes- und Bündnisverteidigung. Dies ist jedoch nicht nur eine Frage des konzeptionellen Umsteuerns, sondern ein veritabler Paradigmenwechsel. Denn jetzt gilt es, die Bundeswehr wieder zu vergrößern und sie konsequent zu modernisieren. Forderungen nach einer Kaltstartfähigkeit stehen jetzt ebenso im Mittelpunkt wie die der personellen und materiellen Vollausrüstung.

Die Bundeswehr braucht Schleswig-Holstein, um ihren Hauptauftrag, die Landes- und Bündnisverteidigung, leisten zu können – und zugleich ist die Bundeswehr für unser Land unverzichtbar. Wir sind stolz darauf, für Tausende von Soldatinnen und Soldaten und für zivile Angehörige der Bundeswehr eine Heimat sein zu dürfen. Und wir werden ihnen ihre Aufgabe, wo es nur geht, erleichtern und ihnen die Anerkennung und den Dank zukommen zu lassen, den sie verdienen.

Kern unserer Forderung ist ein „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein“. Mit diesem Gesetz soll der Landesregierung ermöglicht werden, die Bundeswehr dabei zu unterstützen, ihren Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung bestmöglich erfüllen zu können. Das Gesetz sollte beinhalten:

- Den Grundsatz, landesrechtliche Regelungen so zu verändern, dass der bürokratische Aufwand für die Bundeswehr maximal verringert wird.
- Eine Erleichterung militärischer Bauvorhaben. Zu diesem Zweck soll zukünftig das Gebäudemanagement Schleswig-Holstein stärker mit den zuständigen Stellen der Bundeswehr zusammenarbeiten.
- Die CDU-geführte Landesregierung hat 2019 erstmals in der Geschichte Schleswig-Holsteins eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bildungsministerium und den Jugendoffizieren der Bundeswehr geschlossen. Diese gute Zusammenarbeit sollte erweitert werden, um insbesondere mehr Informationsangebote für Schülerinnen und Schüler, aber auch zusätzlich Angebote für Lehrkräfte bereitzustellen.
- Die Bundeswehr sollte zur Förderung der sicherheitspolitischen Debatten im Land den vereinfachten Zugang zu Hochschulen bekommen. Vorbild muss der vereinfachte Zugang sein, wie er bereits für Polizeien und Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes gilt.
- Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes wie alle anderen. Die Bundeswehr hat es mit besonderen Herausforderungen in der Personalgewinnung zu tun. Sowohl an Schulen als auch an Hochschulen sollten die Karriereberater der Bundeswehr grundsätzlichen Zugang zu Berufsinformationstagen haben und zu diesen eingeladen werden.
- Eine Regelung im Hochschulgesetz, die grundsätzlich die Dual-Use-Forschung erlaubt und sicherstellt, dass Forschende nicht durch die Hochschulen an militärischer Forschung gehindert werden können. Das muss geschehen, um den ungehinderten Austausch zwischen Forschung und Bundeswehr bzw. der Verteidigungsindustrie zu verbessern, um damit der Bundeswehr ihren verfassungsrechtlichen Auftrag zu ermöglichen. Dafür wollen wir auch gezielt sicherheits- und verteidigungspolitische Forschung und Lehre an den Universitäten, Fachhochschulen und wissenschaftlichen Instituten in unserem Land fördern.
- Nach dem Vorbild Baden-Württembergs führt Schleswig-Holstein einen Aktionstag Katastrophen- und Zivilschutz ein.
- Die Einführung eines Vernetzungsprojekts für die Akteure des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes und Schulen.
- Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, zu einer Arbeitsgruppe einzuladen, in der die zuständigen Stellen in Bund und Ländern gemeinsame Curricula und Materialien für den Zivil- und Katastrophenschutz für Schulen, Hochschulen und auch die Erwachsenenbildung entwickeln und bundesweite Informationskampagnen auf den Weg bringen. Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, den Innenministerbeschluss aus dem Herbst 2021

zum BOS-Digitalfunk hinsichtlich des Breitbandes und unter Beachtung der Verabredungen zwischen Bund und Ländern zu den Frequenzbändern umzusetzen. Dies beinhaltet den Aufbau des Kernnetzes und die Bereitstellung der Mittel durch den Bund.

- Weiterhin sollten Forschungsprogramme auf Bundesebene verstärkt für nicht-zivilen Nutzen geöffnet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der jährliche nationale Veteranentag am 15. Juni auch bei uns in Schleswig-Holstein würdig in der Öffentlichkeit begangen wird.

Aufgrund der herausgehobenen strategischen Lage Schleswig-Holsteins müssen militärstrategische Fragen bei den Planungs- und Bauvorhaben des Landes eine größere Rolle spielen. So sollten beim Ausbau bzw. bei der Instandhaltung der Straßen, Autobahnen (z. B. Weiterbau A 20, um die West-Ost-Verbindung zu stärken), Häfen und Bahnstrecken zukünftig der Gesichtspunkt vermehrter militärischer Bedarfe Beachtung finden. Schon jetzt befolgt die CDU-geführte Landesregierung die Wahrung von Verteidigungsinteressen in ihren Vorhaben. So ist z. B. im Aktionsplan Ostseeschutz 2030 aufgenommen worden, dass bei der Gebietsausweisung die Erfordernisse der Landesverteidigung grundsätzlich Vorrang haben.

Die unverzichtbare Rolle und die Leistungen der Bundeswehr für die Sicherheit und die Wahrung der Freiheit und des Wohlstands unseres Landes verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit, vor allem aber den Dank und die Anerkennung unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir die Bundeswehr und ihre militärischen und zivilen Angehörigen noch sichtbarer machen, indem wir mehr Gelöbnisse, Heimkehrer-Appelle oder feierliche Antreten zu besonderen Anlässen (z. B. Standortjubiläen etc.) in der Mitte unserer Städte und Gemeinden stattfinden lassen wollen.

Um die Wiederaufrüstung der Bundeswehr zu ermöglichen, braucht es eine Vergrößerung der Infrastruktur unserer Streitkräfte – ein Mehr an Depots, Kasernen und andere Standorte als heute. Deswegen sollten bestehende Standorte erhalten werden wie etwa der Flugplatz Hohn und andere Standorte, die schon der BIMA übergeben worden, daraufhin untersucht werden, ob eine Wiederinbetriebnahme in Frage kommt. Dies stärkt die Bundeswehr, sorgt für neue Rekrutierungsregionen und fördert auch die betreffenden Kommunen.

Soldatinnen und Soldaten wie auch viele der zivilen Angehörigen der Bundeswehr nehmen für ihren Dienst besondere Belastungen auf sich – auch im so genannten „Friedensbetrieb“. Sie haben ungewöhnliche Arbeitszeiten oder müssen häufige und langanhaltende Abwesenheiten in Kauf nehmen. Um ihnen die Belastungen so weit wie möglich abzunehmen, muss ihnen die Kinderbetreuung erleichtert werden. Deswegen sollten mehr Belegplätze in Kindergärten und -horten eingerichtet werden.

Ferner setzen wir uns dafür ein, den Heimatschutz in unserem Land personell und materiell so schnell wie möglich zu stärken. Dies sollte kurzfristig durch eine bessere Einbindung und Ausrüstung der Reservistinnen und Reservisten geschehen, mittelfristig durch die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und langfristig durch die Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht jedoch auf eine neue Basis gestellt werden.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Schleswig-Holstein nimmt einen der Spitzenplätze in Deutschland ein. Sie ist für viele Bereiche der Bundeswehr systemrelevant – man denke an den Marineschiffbau, aber auch an Spitzentechnologie bei Landsystemen, Elektronik und im Bereich der Luftfahrt. Die Branche ist in Schleswig-Holstein geprägt durch große Unternehmen, die auf dem Weltmarkt unterwegs sind, aber auch eine Vielzahl gesunder und erfolgreicher klein- und mittelständischer Unternehmen. Sie zu fördern und ihnen die Rahmenbedingungen zu bieten, dass sie weiter der Bundeswehr die Ausrüstung zur Verfügung stehen können, die sie braucht, und erfolgreich bleiben, muss eines der Kernanliegen der Landesregierung sein. Hier sind alle ihre Ressorts gefordert, engagiert und innovativ zu sein.

In unserem Verständnis gilt der Grundsatz, dass wir nicht nur fragen dürfen, was die Bundeswehr für uns macht. Wir müssen vielmehr stets uns die Frage stellen, was wir als Land für die Bundeswehr tun können!

Bevölkerungsschutz muss stärker in den Fokus rücken

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zeigen auch, welches Gewicht der Bevölkerungsschutz hat. Unsere sicherheitsbehördlichen Strukturen müssen vor diesem Hintergrund genauso zukunftsfähig sein wie unsere Versorgungseinrichtungen. Bei Letzterem geht es zum Beispiel um die Trinkwasser- und die Energieversorgung, unsere Informations- und Kommunikationstechnik oder auch unsere medizinischen Einrichtungen.

Im Ergebnis müssen wir die große Zahl kritischer Infrastruktur in Schleswig-Holstein vor hybriden Attacken, militärischen Angriffen, aber auch Großschadensereignissen so effektiv wie möglich schützen. Der Staat mit seinen Sicherheitsbehörden und seiner koordinierenden Funktion im Bevölkerungsschutz ist in der Pflicht, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Das kann nur im Schulterschluss von Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Bundeswehr gelingen.

Um den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen, müssen wir also auch die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen, der Bundeswehr und den „Blaulichtorganisationen“ ebenenübergreifend weiter verbessern, um gemeinsam den Heimatschutz und den Zivil- und Katastrophenschutz ausreichend zukunftsfähig aufzustellen. Ein wichtiger Schritt hierfür ist es, ein neues Lage- und Krisenzentrum gemeinsam mit dem Bund zu schaffen.

Bund, Länder und Kommunen – aber auch die Ebene der Europäischen Union – stehen deshalb vor einem tiefgreifenden Wandel im Bevölkerungsschutz. Auch in Schleswig-Holstein stellen uns die Gefahren von Hochwasser- und Starkregenereignissen, Hitzewellen und Bedrohungen aus dem Cyberraum vor wachsende Herausforderungen. Größere und länger anhaltende Stromausfälle sind ebenfalls nicht mehr gänzlich ausgeschlossen. All dies macht ein grundlegendes Umdenken erforderlich. Staatliche Verwaltungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft müssen sich auf diese zum Teil neuartigen Bedrohungen einstellen. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt, dass die Landesregierung diese neuen Herausforderungen erkannt hat und den 10-Punkte-Plan für den Bevölkerungsschutz umsetzt sowie zudem die Stabsstrukturen für längere Einsatzlagen stärkt.

Besonders wichtig ist die Einbindung der Bevölkerung in die Planung. Die Menschen sind die wichtigsten Akteure im Bevölkerungsschutz. Sie müssen durch Warnmittel wie Sirenen und digitale Anwendungen frühzeitig alarmiert werden. Die beste Alarmierungstechnik nützt aber nichts, wenn die Menschen nicht vorbereitet sind. Wir müssen deshalb in allen Bereichen unserer Gesellschaft das Risikobewusstsein erhöhen und die Eigenvorsorge fördern. Daher werden nicht nur Anstrengungen zur Modernisierung der Ausstattung erforderlich sein, sondern ein besonderer Schwerpunkt muss auf der Intensivierung der Schulung und Ausbildung liegen. Dies betrifft nicht nur haupt- und ehrenamtlichen Akteure, denn diese sind bei einem Unglück auf die Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen. Hierbei wollen wir über digitale Lösungen für die Schaffung von Helferpools nachdenken. Zudem wollen wir digitale Hilfsmittel auch nutzen, um die Information der Bevölkerung über notwendige Maßnahmen zur Eigenvorsorge zu verbessern. Die Menschen müssen wieder lernen, selbst vorzusorgen. Es muss jeder und jedem klar sein: Uns kann es auch treffen.

Aufgrund der nationalen und internationalen Einsatzlagen der vergangenen Jahre ist es notwendig, materielle Ressourcen für den Bevölkerungsschutz zu bevorraten. Das Landeslager in Boostedt ist ein wichtiger Baustein zur Stärkung des Katastrophenschutzes. Nach Ende des „Kalten Krieges“ wurden vorhandene Lagerkapazitäten und Materialbestände nach und nach abgebaut. Neben der vermeintlich verringerten Gefahrenlage („Friedensdividende“) wurden auch die Kosten angeführt, die eine Lagerhaltung mit sich bringt. Wir haben uns zu lange darauf verlassen, im Bedarfsfall kurzfristig Material aus der Wirtschaft zu beschaffen. Die Grenzen dieser Strategie zeigten sich in der Corona-Pandemie, als persönliche Schutzausstattung wegen der weltweiten Nachfrage knapp wurde.

Bedrohung im digitalen Raum

Wir dürfen uns nicht davor verschließen, dass im digitalen Raum zunehmend Desinformation als Mittel der hybriden Kriegsführung eingesetzt wird. Internet-Trolle, Bots, systematisch Desinformationskampagnen und gefährliche Propaganda gesteuert aus dem Ausland, wie z. B. aus Russland und China, sollen die öffentliche Meinung beeinflussen und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ins Wanken bringen. Desinformation muss mit allen Mitteln bekämpft werden. Dazu gehört auch, über die

Gefahren, die hiervon ausgehen, öffentlich stärker aufzuklären. Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Verwaltungen und die Wirtschaft müssen sich darauf einstellen, dass künftig insbesondere in der digitalen Welt mit Desinformation gearbeitet wird. Gemeinsam nehmen die Sicherheitsbehörden aus unserem Innenministerium, die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammer sowie die Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland und der Verein Digitale Wirtschaft S-H verschiedene Formen der Wirtschaftskriminalität bis hin zur organisierten Kriminalität in den Blick.

Cybersicherheit hat für uns als Union höchste Priorität, denn Cyberkriminalität ist einer der ernstesten Bedrohungen in unserer heutigen digitalen Welt. Seit 2019 sind die Fallzahlen in diesem Kriminalitätsbereich in Schleswig-Holstein um fast 40 Prozent gestiegen. Sie betrifft nicht nur private Haushalte, sondern nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft. Immer mehr deutsche Unternehmen werden Opfer von Datendiebstahl, Spionage und Sabotage. Der jährliche Schaden für die deutsche Wirtschaft wird dabei auf 200 Milliarden Euro geschätzt. Außerdem nehmen Angriffe auf unsere kritischen Infrastrukturen wie die Energieversorgung, die staatlichen Behörden und das Gesundheitswesen seit Beginn des russischen Angriffskrieges als Teil der hybriden Kriegsführung spürbar zu. Der Schutz der kritischen Infrastrukturen ist daher Grundpfeiler einer funktionierenden Cybersicherheitspolitik.

Zur Abwehr der Cyberangriffe braucht es eine enge Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft sowie eine Stärkung und Weiterentwicklung der IT-Infrastrukturen. Unsere Sicherheitsbehörden bearbeiten die Herausforderungen im Cyberraum mit Hochdruck. Wir müssen die digitale Kompetenz, Einsatzfähigkeit und Schlagkraft unserer Landespolizei konsequent weiterentwickeln und stetig an die dynamischen technischen Entwicklungen anpassen. Zur effektiven Abwehr dieser Angriffe braucht es Experten aus den IT-, Geistes- und Naturwissenschaften. Daher muss die Stärkung dieser Bereiche innerhalb der Polizei fortgesetzt werden.

Wie auch in der analogen Welt müssen im übertragenen Sinne digitale Reifenspuren sichtbar gemacht werden. Gemeint ist eine Neuregelung der Verkehrsdatenspeicherung, um beispielsweise auch die Inhaber von dynamischen IP-Adressen im Nachhinein identifizieren zu können. Gerade Extremistinnen und Extremisten sowie Anbieter von Missbrauchsabbildungen nutzen häufig Anonymisierungsdienste, um ihre „digitalen Reifenspuren“ zu verwischen.

Es darf grundsätzlich keinen Sicherheitsrückschritt durch Technikfortschritt geben. Das gilt auch im Bereich der klassischen Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). Durch die 5G-Technologie mit ihrer standardisierten Verschlüsselung wird durch wünschenswerten technologischen Fortschritt ein Rückschritt bei den Ermittlungsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden bewirkt. Sowohl beim Verfassungsschutz als auch bei der Polizei müssen die Kapazitäten für die Aufklärung von IT-Angriffen und zur Abwehr von Spionage gestärkt werden. Zudem wollen wir den Einsatz von automatisierten Prozessen sowie von künstlicher Intelligenz (KI) in den Sicherheitsbehörden wie Verfassungsschutz und

Landespolizei ausweiten, um der Herausforderung der Auswertung stark ansteigender Datenmengen begegnen zu können.

Demokratiefeinde bekämpfen

Als CDU Schleswig-Holstein treten wir jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen. Sie widersprechen unserem christlichen Menschenbild und stellen eine große Gefahr für die freiheitliche, offene Gesellschaft in Deutschland dar. Im Zuge des russischen Angriffskrieges haben diejenigen vermehrt Zulauf, die unsere Gesellschaft ablehnen und zu unterwandern oder beseitigen versuchen. Auch hier zeigt sich, dass Rechtsextreme, Reichsbürger und andere häufig Verbindungen nach Russland aufbauen und von dort Unterstützung erfahren. Nicht zuletzt mehren sich die Anzeichen, dass insbesondere auch die im Bundestag und vielen Landes- und Kommunalparlamenten vertretene AfD und deren Abgeordnete enge Verbindungen zu Russland pflegen. Nach Informationen des tschechischen Geheimdienstes erhalten sogar Abgeordnete der AfD Geld über russische Kanäle. Wahlen in Russland, die eindeutig nicht nach demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien abgehalten werden, werden von „Wahlbeobachtern“ der AfD als „freie Präsidentschaftswahlen“ im russischen Fernsehen bezeichnet, um diese zu legitimieren. Die AfD unterstützt Demokratiefeinde und ist selbst Feindin der Demokratie. Deswegen unterstützen wir als CDU Schleswig-Holstein ein konsequentes Vorgehen des Rechtsstaats gegen alle Demokratiefeinde.

Unsere Demokratie ist wehrhaft und wir bekämpfen Extremismus mit voller Härte. Dafür braucht es starke Sicherheitsbehörden. Den Verfassungsschutz wollen wir deshalb personell weiter stärken und mit modernster Technik ausrüsten, um verfassungsfeindlichen Bestrebungen in allen Bereichen entschieden begegnen zu können. Daneben ist die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen Landesverfassungsschutz und den Polizeibehörden von enormer Wichtigkeit. Dies muss unter strenger Beachtung verfassungsrechtlicher Anforderungen weiterentwickelt und verbessert werden.

Zur erfolgreichen Verhinderung von Terroranschlägen müssen unsere Sicherheitsbehörden so ausgestattet sein, dass sie geplante Anschläge selbst identifizieren können und weniger auf ausländische Nachrichtendienste angewiesen sind. Dafür brauchen sie weitergehende Eingriffsbefugnisse, um mobile Endgeräte von Terroristen zu durchsuchen und ihre Kommunikation zu überwachen. Zudem muss der vom EuGH gesetzte Rahmen zur Verkehrsdatenspeicherung ausgenutzt werden und den Sicherheitsbehörden müssen Online-Durchsuchungen rechtlich möglich sein.

Für konsequente Aufklärung im Bereich des Extremismus braucht es zeitgemäße Befugnisse des Verfassungsschutzes. Wir brauchen ein modernes Landesverfassungsschutzgesetz mit den entsprechenden Ermächtigungsgrundlagen. Gerade beim Einsatz von Vertrauenspersonen handelt es sich um ein wichtiges Mittel in

der Extremismusaufklärung. Zudem dürfen überzogene Vorgaben des Datenschutzes unsere Strafverfolgungsbehörden nicht behindern.

Die Präventionsarbeit und die politische Bildung sind ein unerlässlicher Baustein im Kampf gegen extremistische Strukturen. Die bestehenden guten Präventionskonzepte wollen wir deshalb intensivieren und ausbauen. Dabei muss an den aktuellen Stand der Forschung angeknüpft werden. Zudem bedarf es einer strukturellen Stärkung der Koordinierung der Präventionsarbeit. Unser Landespräventionsrat mit dem Landesdemokratiezentrum gestaltet die landesweite Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstruktur in den Feldern der Demokratieförderung, der Extremismusprävention und der Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) in all ihren Ausprägungen. Grundlage hierfür bilden die Landesprogramme zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention sowie zur Bekämpfung von religiös begründetem Extremismus sowie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“.